LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

18.01.2023
Drucksache 8/2134

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

Transparenz zur Intel-Ansiedlung in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt bekräftigt seine Unterstützung für die angekündigte Investition der Intel Corporation in Sachsen-Anhalt. Im Wissen um die immense Bedeutung dieser Investitionsentscheidung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie der sich aus dem massiven Einsatz von Steuergeldern für dieses Projekt ableitenden politischen Verantwortung benötigen der Landtag als politisches Entscheidungsgremium, die betroffenen Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt als auch die Öffentlichkeit maximale Transparenz zum Fortgang sowie den politischen Rahmenbedingungen für dieses Projekt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die bisherigen Erkenntnisse über die Schaffung der notwendigen Voraussetzung seitens der Bundesrepublik Deutschland und der EU sowie die sich daraus ableitenden Konsequenzen für die Realisierung des Intel-Projektes in Sachsen-Anhalt darzulegen.

2. den aktuellen Stand des Ansiedlungskonzeptes darzustellen. Dazu zählen u. a.:
   - Konsequenzen aus dem Energie-, Wasser- und Flächenverbrauch,
   - das Infrastrukturkonzept unter Beachtung der Verkehrswegeplanung,
   - die Strategie zur Fachkräftegewinnung,
   - die Unterstützung des Ausbaus der sozialen Infrastruktur der betroffenen Kommunen,
   - ein Konzept zur Entwicklung von Forschung und Entwicklung im Umfeld der industriellen Fertigung von Halbleitern
   - ein Kommunikationskonzept, auf dem Gebiet der mittelbar und unmittelbar betroffenen Gemeinden,

(Ausgegeben am 18.01.2023)

- den Gemeinden des Bördekreises Wanzleben und Sülzetal die notwendige finanzielle und organisatorische Unterstützung zu gewährleisten, insbesondere beim notwendigen Flächenankauf für den Hightech-Park.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt bildet zur Koordinierung und regelmäßigen Information einen zeitweiligen Ausschuss „Intel-Ansiedlung“.

Begründung

Die angekündigte Investition der Intel Corporation in Sachsen-Anhalt bietet große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Norden Sachsen-Anhalts. Um diese jedoch zu einem Erfolg zu führen, benötigen der Landtag von Sachsen-Anhalt und die Öffentlichkeit eine Debatte über die konzeptionellen Vorstellungen der Landesregierung zur Entwicklung der Investitionen und der sich daraus ableitenden sozialen und ökonomischen Konsequenzen.

In den letzten Wochen haben unterschiedliche, sich zum Teil widersprechende Aussagen sowohl der Intel Corporation als auch der Landesregierung zur Terminierung des Baustarts als auch des Beginns des Produktionsprozesses zur Verunsicherung beigetragen. In einem ersten Schritt muss die Landesregierung Klarheit über ihre Erkenntnisse schaffen. In einem zweiten Schritt benötigt der Landtag die Voraussetzung für die politische Begleitung des Projektes im Rahmen eines eigens dafür gebildeten, zeitweiligen Ausschusses.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz